

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Verantwortlicher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Montag, den 7. April 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Verantwortlicher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Noch keine bayerische Räterepublik.

Die Lage in München noch ungeklärt.

München, 6. April. (Telunion.) Am Sonntagmittag war die Situation in München noch vollständig ungeklärt. Zwar hatten die Sonnabend festgefundenen Rassenversammlungen Beschlüsse gefaßt für die Ausrufung der Räterepublik auf kommunistischer Grundlage, doch ist bisher ein solcher Akt nicht vollzogen worden. In der Sitzung des Rätekonvents mit dem Ministerpräsidenten Hoffmann wurden gestern Abend Erklärungen hinausgegeben, worin zum Ausdruck gebracht wurde, daß der geplante Zusammentritt des Landtags unter keinen Umständen ein Streik gegen die Regierung war, sondern im vollsten Einverständnis zwischen Regierung und Landtag geplant war. Am Sonntagvormittag um 10 Uhr trat der Rätekonvent wieder zu einer Sitzung zusammen und ließ um 11 Uhr durch einen Boten den Ministerpräsidenten Hoffmann holen. Der Hausverwalter des Landtaggebäudes ist am Sonntag früh angekündigt worden, daß in der Nacht zum Montag die Räteorganisationen in das Landtaggebäude übersiedeln werden. Die Meldung eines Berliner Blattes, daß die Regierung beschloßen habe, mit dem Landtag nach Bamberg überzusiedeln, ist vollständig falsch. Abgesehen in München ist eine Beschäftigung dieser Nachricht heute zu erhalten gewesen. Als interessant ist aus den gestrigen Rassenversammlungen die Erklärung des radikalen Sozialisten Fehnbach hervorzuholen, daß nunmehr auch die Bauernräte beschloßen hätten, für die Räterepublik einzutreten. In einer anderen Versammlung wurde mitgeteilt, daß die Kasernen des 2. Infanterieregiments (jetzt Liebknecht-Kaserne) und die Kasernen des 1. Infanterieregiments den Namen Kurt-Eisner-Kaserne erhalten. Durch Anschlag in den Straßen wurde ein vom Zentralrat und von der bayerischen Beamten-Gewerkschaft unterzeichneter Aufruf mitgeteilt, wonach die sozialistisch gesinnten Staats- und Gemeindefunktionäre in Zusammenarbeit mit den Arbeitern, Bauern- und Soldatenräten weiter arbeiten und ihre Pflicht ungehindert weiter erfüllen würden.

Aus München wird den P. V. R. am Sonntagnachmittag gemeldet: Eine Entscheidung über die Räterepublik ist in München zurzeit noch nicht gefallen. Der Zentralrat wollte die Räterepublik einführen. Der Plan scheiterte zunächst daran, daß die Kommunisten und Unabhängigen dagegen waren. Beide Parteien wollten nur dann die Räterepublik, wenn sie ausschließlich auch die Macht zur Diktatur des Proletariats in die Hand bekommen. Augenblicklich schweben noch Verhandlungen. Das zweite A. A. in Würzburg soll sich für und das 3. A. A. gegen die Räterepublik ausgesprochen haben. Die Mehrheitssozialisten in München und Augsburg wollen auch die Einführung der Räterepublik, aber unter ihrer Beteiligung und der Mitbeteiligung der gegenwärtigen Regierung. Diese Richtung kam zuerst in Augsburg zum Durchbruch, von wo die ganze Bewegung ausgegangen ist. In München ist zurzeit alles ruhig. Die Krisis wird für Montag erwartet.

Die bayerische Sozialdemokratie gegen die Räterepublik.

München, 6. April. Eine außerordentliche bayerische Landeskonferenz der sozialdemokratischen Partei, die am 6. April im Künstlerhaus in München tagte, hat sich mit 42 gegen 8 Stimmen aus politischen und wirtschaftlichen Gründen gegen die Einführung der Räterepublik im Volksstaat Bayern erklärt.

Die zum Rätekongreß nach Berlin abgereisten bayerischen Vertreter sind telephonisch nach Bayern zurückberufen worden.

Generalstreik in Düsseldorf.

Düsseldorf, 6. April. Die Entscheidung über den Generalstreik ist nun gefallen und die am Sonntagabend ihre Tätigkeit beginnende Nachtschicht hat, wie die „Telegraphen-Union“ erfährt, sogar als erste die Arbeit verweigert. Da dies nur ein kleiner Teil der Arbeiterschaft ist, wird sich erst am Montag zeigen können, wie weit der Aufforderung, in den Generalstreik einzutreten, nachzukommen werden wird. Das Abstimmungsresultat kann nicht ohne weiteres als Unterlage für die vorhandenen Rechnungen für den Streik angesehen werden. Nur annähernd 20 000 Arbeiter haben abgestimmt, während sich die übrigen 70-80 000 Düsseldorfer Arbeiter der Stimme enthalten haben. Schon heute steht fest, daß große Teile der Düsseldorfer Arbeiterschaft sich nicht am Streik beteiligen wollen. Dies kam schon in der Sitzung der Kommunisten zum Ausdruck, die, wie mitgeteilt, mit 16 gegen 6 Stimmen sich für die Verkündung des Generalstreiks in Düsseldorf ausgesprochen haben.

Das Streikverbrechen im Ruhrrevier.

Die Stadt Essen im Dunkeln.

Essen, 6. April. (Telunion.) Infolge des durch den Gesamtaustrand hervorgerufenen Kohlenmangels ist das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk nicht mehr in der Lage, die Stadt Essen hinreichend mit Strom zu versorgen. Die Stadt und die ganze Umgebung liegt völlig im Dunkeln.

Essen, 6. April. Der Zentral-Rathenrat teilt entgegen anderslautenden Meldungen mit: Bis jetzt stehen von den Bergwerken des Rheinisch-Westfälischen Industriegebietes 221 Werke mit 372 000 Bergarbeitern im Generalstreik.

Die gesamte Arbeiterschaft des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes, von dessen Stromnetz die Licht- und Kraftstromversorgung aller umliegenden Städte des Industriegebietes abhängig ist, hat sich dem Generalstreik gestern angeschlossen.

Neues Arbeitsrecht.

Berlin, 5. April. Die Vorarbeiten zur Schaffung eines einheitlichen, das ganze Gebiet der Arbeitsbeschreibungen umfassenden Arbeitsrechts sind jetzt so weit gediehen, daß sofort nach Oster eine Arbeitskommission im Reichsarbeitsministerium zusammenzutreten soll, der die Ausführung der Vorarbeiten im einzelnen für das Gesamtwerk obliegen wird. Es wird beabsichtigt, nicht nur das ganze Gebiet des Arbeitsvertragsrechts unter Beachtung der Sonderart der einzelnen Arbeitnehmergruppen einheitlich zusammenzufassen, sondern auch das Koalitionsrecht, das Recht der Berufsvereine und das Tarifvertragsrecht gesetzlich zu regeln. Dabei soll Nebenleibes ausgeschlossen und dem heutigen Sozialbedürfnisse Rechnung getragen werden. Schon in nächster Zeit wird außerdem ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, durch den für die gesamte Arbeitsverfassung ein klarer und zweckmäßiger Aufbau geschaffen werden soll. Gebacht wird ferner an die Einführung einheitlicher Arbeitsgerichte für alle Gruppen der Arbeiter und Angestellten, doch bedarf diese Frage noch näherer Prüfung, zumal dadurch in den Bestand der ordentlichen Gerichte und deren Aufgaben eingegriffen werden würde.

Sobald die Vorarbeiten in der Arbeitskommission abgeschlossen sind, sollen die Einzelentwürfe in einem größeren Kreise von Sachverständigen, die allen beteiligten Gruppen entnommen werden sollen, zur Erörterung gestellt werden.

Die neueste Heße der „Freiheit“.

„Vorbereitungen der Gegenrevolutionäre“.

Leidensgläubig jagt die „Freiheit“ alles auf, was zur Verheerung der Massen und zur Verschärfung und zum Ueberleben der Volksleidenschaften verwendbar ist. Es handelt sich bei ihr nicht um Kritik, die an sich ja überall erwünscht ist, sondern es handelt sich darum, ihre bestimmten Ziele zum gewaltsamen Sturz der gegenwärtigen Regierung zu fördern.

Am Sonntagmorgen bringt sie eine ergreifende und konterrevolutionäre aufgemachte Rede des Majors v. Stockhausen. Diese Rede, sowie die Zusammenkunft der Offiziere, vor der sie gehalten worden sein soll, ist, wie jetzt bekannt wird, von A bis Z erlogen. Kein Wort von all dem ist wahr! Der Text der Rede, wie er in der „Freiheit“ abgedruckt ist, mit höchstem Kopfe liest, dem drängt sich sofort das Gefühl auf, daß hier nur zum Zweck der Heße ein Tollhausstück zurechtgestutzt worden ist.

Seit die „rote Fahne“ nicht mehr erscheint, hat die „Freiheit“ ihre Rolle übernommen. Sie fordert am Schlusse die Arbeiter auf, die „irregulierten Soldaten“ zur Reuterei zu verleiten, indem man „die Lüge und den Betrug ihrer Vorgesetzten“ vor ihnen entlarven soll. Siehe da! Mit einem Male sind die „Muthunde“ „rote Soldaten“ und wie die schönen Stoffe von der „Freiheit“ gebrauchten Titel heißen, die „irregulierten“ ... Mal so, mal so, wies es den Zwecken der gewissenlosen Heße entspricht!

Internationale Sozialistenkonferenz in Amsterdam.

Amsterdam, 6. April. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Bei der Internationalen Sozialistenkonferenz, die am 25. April in Amsterdam stattfindet, werden aus Deutschland Hermann Müller und Hugo Haase vertreten sein, aus Österreich Friedrich Adler und Seif, Languet und Renaudel aus Frankreich, Stuart Dunning und Ramsay MacDonald aus England, Johnson und Shannon aus Island, Ryan aus Australien und aus Georgien Bertelli und vielleicht auch Tschibse. Außerdem kommen noch Vertreter aus Arabien und Südamerika, Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Bulgarien, Luxemburg, Estland, Litauen, Norwegen und Dänemark. Es wird vorgeschlagen werden, am 11. August eine Internationalen Kongreß in Luzern abzuhalten.

Zur Freiwilligenfrage.

Von Friedrich Stampfer

Soldaten, und seien sie auch die besten, sind immer nur ein notwendiges Uebel. Denn entweder braucht man sie zum Kampf gegen außen, und der ist ein schreckliches Unheil, oder man braucht sie zum Kampf im Innern, und das ist womöglich noch schlimmer. Nach fünf blutigen Jahren sehnen wir uns nach einer Welt, in der keine Schüsse mehr knallen, keine Handgranaten knochen und in der man daher auch keine Soldaten braucht.

Der Völkerbund soll den Staaten eine Rechtsicherheit gewähren, zu deren Schutz es keiner Massenheere mehr bedarf. Die freie Weltverfassung der Völker soll die Gefahr gewalttätiger Zusammenstöße auf ein Mindestmaß verringern, ein Geheiß der Welt soll den Völkern die Möglichkeit bieten, ihre Streitigkeiten auf friedlichem Wege auszutragen.

Nur das Gesetz und der Wille einer erdrückenden Mehrheit, es anzuerkennen, kann die Gefahr der Gewaltanwendung aus der Welt schaffen. Das gilt nach außen wie nach innen. Es gibt keinen Bürgerkrieg, wenn der Staat nach festen Regeln regiert, deren bindende Kraft keiner ernsthaften Bestreitung ausgesetzt ist. Solche Regeln bietet die Demokratie und sie allein. Alle Volksgenossen sind gleichberechtigt, die Mehrheit entscheidet, und wer sich dieser Entscheidung widersetzt, ist ein Verbrecher an der Souveränität des Volkes. Aber jedem wird die Luft vergehen, sich dem Willen des Volkes zu widersetzen, wenn er aus der Erfahrung weiß, daß das Volk solche Verletzungen seiner Souveränität nicht duldet. Die im Volksbewußtsein verankerte Demokratie ist der innere Frieden.

Diese einzig mögliche Staatsform des inneren Friedens ist heute in Deutschland noch nicht gesichert, und es ist bitter zu sagen, daß sie, wenigstens in diesem Augenblick, von links schwerer bedroht ist als von rechts. Die Reaktion hält ihre Zeit noch nicht für gekommen und sieht einströmen zu, wie ihr der Spartakismus die Gassen in die Hände jagt.

Wäre der erste Gewaltstoß gegen die Reaktion von rechts gekommen und wäre die Arbeiterklasse einig, so hätten wir die revolutionäre Arbeiterwehr. Weil der erste Gewaltstoß von links kam und die Arbeiterklasse uneinig ist, haben wir die Freiwilligenkorps. Spartakus und sein unabhängiger Anhang schimpfen auf Rüttwitz, aber sie haben ihn zu dem gemacht, was er ist.

Die Arbeiterklasse zeigte sich nicht fähig, die Demokratie zu schützen, weil sie nicht einig und geschlossen für sie eintrat. Die revolutionäre Arbeiterwehr wurde unmöglich, weil die Arbeiterschaft selbst in kämpfende Gruppen zerfiel. Gäßen wir heute die revolutionäre Arbeiterwehr und die Regierung würde sie zum Schutz der Demokratie ausrufen, was würde sich ergeben? Die Mehrheitssozialisten würden marschieren, die Spartakisten würden ihnen in den Rücken schießen, und die Unabhängigen würden die Mehrheitssozialisten Gewaltmännchen heißen, wenn sie sich umdrehten, um sich gegen die Spartakisten zu wehren.

Im besten Fall würde durch Abstimmung entschieden werden, ob man sich der Regierung zur Verfügung stellen soll oder nicht, und so würde das Schicksal des Reiches zuguterletzt nicht von 40 Millionen gleichberechtigten Volksgenossen, sondern von einigen Hunderttausend Waffenträgern endgültig bestimmt werden. Auf diesem Boden sind denn auch die famosen „Neutralitäts-Erklärungen“ gewachsen, die wir im Laufe der letzten Monate staunend erlebt haben.

Zuletzt in Bayern. Was begibt sich da? Eine erregte Großstadtmenge, von der niemand sagen kann, ob sie auch nur die Mehrheit der Großstadtbevölkerung ist — wahrscheinlich ist sie es nicht! — beschließt, den Zusammentritt des vom ganzen Volke gewählten Landtags gewaltsam zu verhindern und ohne Befragen des Volkes eine neue Verfassung einzuführen. Und die Garnison erklärt sich für neutral. Die Soldaten leben vom Kasernensenster zu, wie vor dem Landtag Maschinengewehre aufgeschoben werden, um die gewählten Volksvertreter am Betreten des Sitzungssaales zu verhindern.

Die Frage wird erlaubt sein: Wozu sind die Soldaten eigentlich da? Bayern hat die Verhütung von Grenzschutruppen verboten, der Zweck des Schutzes nach außen fällt also weg. Wiebe nur noch der Schutz der inneren Rechtsordnung, des Selbstbestimmungsrechts des Volkes, der Demokratie. Wenn er auch hier nicht mittut, wozu ist der Soldat dann noch Soldat? Ist er es dann überhaupt noch oder ist er nur noch ein uniformierter Staatsbürger, der von der Allgemeinheit Lohn und Nahrung erhält?

Ein selbstherrlicher Militarismus ist eine Gefahr, ein parasitärer ist ein Uebel. In einem freiwillig geordneten

Sozialdemokratischer Bezirkstag für Groß-Berlin.

Im großen Sitzungssaale des ehemaligen Herrenhauses lagte gestern die Generalversammlung des Bezirksverbandes Groß-Berlin (S. P. D.). Sie wurde vom Bezirksvorsitzenden Krüger um 8 1/2 Uhr eröffnet.

Als erster Punkt der Tagesordnung wurde die Reorganisation der Groß-Berliner Parteiorganisation

behandelt. Der Referent Theodor Fischer beleuchtete die Entwicklung der Berliner Organisation seit der Parteispaltung, er schilderte die ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen die Parteiarbeit zu kämpfen hatte. Nach der Abspaltung der Unabhängigen mußte unsere Organisation neu aufgebaut werden. Aus kleinen Anfängen hat sie es bis jetzt auf wenigstens 50 000 Mitglieder gebracht und schreitet beständig weiter vorwärts. Jetzt gilt es, die Organisation den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechend auszubauen. — Der Redner besprach den vorliegenden Statutenentwurf. Danach bilden die Kreise Stadt Berlin, Teltow-Beeskow und Niederbarnim den Bezirksverband Groß-Berlin. Jedem der drei Kreise soll aber für die Erledigung ihrer eigenen Angelegenheiten das nötige Maß von Selbstständigkeit verbleiben. Das Bezirkssekretariat soll in einzelne Abteilungen gegliedert werden und zwar für die allgemeine Verwaltung, die Kassenverwaltung, die eine gemeinsame für die drei Kreise sein soll, für die Agitation in Berlin und den angrenzenden Vororten, für die Agitation in den ländlichen Gebieten der weiteren Umgebung, für die Agitation in den Betrieben, für die Jugendbetreuung, für die Frauenbewegung und für kommunale Angelegenheiten. Später soll noch eine Abteilung für das Bildungswesen eingerichtet werden. Der Referent betonte, die Betriebsagitation sei ein besonders wichtiger Teil der Parteiarbeit. Das System der sozialdemokratischen Betriebsvereine müsse das Sekretariat für Betriebsagitation in Verbindung treten. — Als Mitgliedsbeitrag sieht der Statutenentwurf monatlich 60 Pf. für Männer und 30 Pf. für Frauen vor. Außerdem soll ein Bezirksbeitrag von 40 Pf. für Männer und 20 Pf. für Frauen erhoben werden. Vom Bezirksbeitrag können die ländlichen Orte auf ihren Antrag befreit werden.

Nach einem vom Bezirksverband eingebrachten Antrage sollen zur Förderung der Agitation händige Groß-Berliner Agitationskonferenzen nach Bedarf abgehalten werden. In diesen Konferenzen sollen teilnehmende Vertreter der 48 Abteilungen und der an Berlin grenzenden Vororte sowie der Arbeiter in Privat-, Staats- und Gemeindefabriken, der Angestellten in Privatbetrieben, der Angestellten und Beamten in öffentlichen Betrieben (einschließlich der Lehrer), der Frauen und der Jugendlichen.

In der Diskussion wurden Anträge auf Abänderung einzelner Punkte des Statuts begründet. Dr. Simmel forderte die Einrichtung eines besonderen Sekretariats für die Agitation unter den Soldaten. Andere Redner bekräftigten, daß der Bezirkstag regelmäßig allmonatlich oder doch vierteljährlich abgehalten werde. Der Kreis Teltow-Beeskow beantragte, statt der Monatsbeiträge Wochenbeiträge einzuführen.

Nach dem Statutenentwurf gehören dem Bezirksvorstand außer den Vorsitzenden, Sekretären usw. an die Vorsitzenden des Jugendauschusses, des Frauenausschusses, des Bildungsausschusses, der Pressekommission, der Revision sowie drei Vorstandsmitglieder der Gemeindevertreter Groß-Berlins, vier Oberste der Verbandsausschüsse. Hierzu wurde beschlossen, daß auch ein Vertreter der S. P. D.-Fraktion der Arbeitervereine dem Vorstande angehören soll.

Die im Statut vorgeschlagene Beitragsskala wurde angenommen mit der Änderung, daß die weiblichen Mitglieder an den Kreis monatlich 10 Pf. und an den Bezirk 20 Pf. zahlen. Bezüglich der Zusammenfassung des Bezirkstages wurde beschlossen, den sozialdemokratischen Arbeiterräten drei Sitze einzuräumen.

Mit diesen und einigen anderen unwesentlichen Änderungen wurde das Statut angenommen. Es soll sofort, die neuen Verträge aber sollen am 1. Mai in Kraft treten.

Dem Bezirksvorstand wurde ein Antrag überwiesen, der die Wiedererrichtung der Zeitungskommissionen bekräftigt. — Ein weiterer Beschluß beauftragt den Bezirksvorstand, die Bildung einer Groß-Berliner Parteischule in die Wege zu leiten.

Der Abhaltung von Agitationskonferenzen nach dem gemachten Vorschläge stimmte die Versammlung zu mit der Ergänzung, daß auch die sozialdemokratischen Arbeiterräte auf der Konferenz

vertreten sind. Beschlossen wurde noch, das vom Genossen Simmel beantragte Sekretariat für die Agitation unter den Soldaten einzurichten.

Nach den Vorschlägen des Bezirksvorstandes, der die eingegangenen Bewerbungen geprüft hat, wurden als Sekretäre gewählt: Theodor Fischer (Verwaltung), Pagels (Kasse), Schlemminger (Niederbarnim-Land), Rüdiger (Jugend), Buschil (Betriebsagitation), Riser (Kommunalpolitik), Schrie (Teltow-Beeskow-Land), Otto Grant und Harlich (Berlin und Vororte). Die Wahl einer Frauensekretärin und eines Sekretärs für die Soldatenagitation wurde ausgesetzt.

In den Vorstand wurden noch gewählt Franz Krüger als erster, Lademann als zweiter Vorsitzender, Poetsch und Hlulauf Schriftführer, Sellin, Runge, Altemann, Schließ, Jänsche und Siewlow Revisoren.

Hierauf wurde der zweite Punkt der Tagesordnung behandelt: Die politische Lage.

Der Referent Hermann Müller (Niederbarnim) führte aus, in den Reihen unserer Parteigenossen mache sich ein Zug nach links bemerkbar, verursacht durch die Unzufriedenheit mit der Politik unserer Partei und der vermeintlich geringen Leistungen der Nationalversammlung. Man sage, die Partei sei nicht mehr die alte. Besonders werde man ihr vor, daß sie sich in eine Koalitionsregierung unter Beteiligung des Zentrums eingelassen habe, anstatt mit den Demokraten zusammen die Regierung zu bilden. Wir haben uns — sagte der Redner — nur an die Unabhängigen gewandt, um sie zur Übernahme der Regierung mit uns zu bewegen. Die Unabhängigen haben das abgelehnt. Es blieb also nichts übrig, als daß wir in eine Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien eintraten. Die Demokraten machten ihren Eintritt davon abhängig, daß auch das Zentrum an der Regierung teilnehme. So ist die jetzige Koalition zustande gekommen. Daß wir nicht allein die Regierung bilden konnten, ergibt sich daraus, daß wir in der Nationalversammlung nicht die Mehrheit haben. Das aber ist nicht unsere Schuld, sondern es fällt auf das Konto der Unabhängigen und Kommunisten.

Nach wie ist gegen unsere Partei von rechts und links so auf uns losgeschlagen worden wie jetzt. Die Arbeiter haben jetzt die Feuerprobe durchzumachen, die ergeben wird, ob sie in ihrer Bestimmung gefestigte Sozialdemokraten sind oder nicht.

Vor der Revolution war unsere Tätigkeit als Oppositionspartei in der Hauptsache eine feindliche. Jetzt müssen wir an dem bürgerlichen und wirtschaftlichen Niedergang partisch mitarbeiten. Wir haben den Achtstundentag, das freie Vereins- und Versammlungsrecht, das uneingeschränkte Koalitionsrecht bekommen, die Gefindeordnung ist beseitigt, die Tarifverträge sind anerkannt, wir haben das freieste Wahlrecht der Welt. Man kann doch nicht sagen, daß das wenig ist.

In der Sozialisierung

soll ja die Partei und besonders die Nationalversammlung verfaßt haben. Es ist ein Unglück, daß unsere Partei das Heft in die Hand bekommen hat in einer Zeit, die der Sozialisierung so ungünstig ist wie nur möglich. Das ganze Wirtschaftsleben liegt darnieder. Fast alle Voraussetzungen der Sozialisierung fehlen. Unter diesen Umständen darf man nicht experimentieren, sondern man muß mit der Sozialisierung äußerst vorsichtig umgehen. Nach russischem Muster dürfen wir sie nicht betreiben, denn so würden wir unser Wirtschaftsleben nicht heilen, sondern auf das schwerste schädigen. — Der Redner besprach die bisher in Angriff genommenen Sozialisierungsmaßnahmen, besonders in bezug auf den Bergbau.

Bei der Beurteilung der gegenwärtigen Lage muß berücksichtigt werden, daß die Arbeiter ausgehungert und deshalb nicht so leistungsfähig sind wie früher, aber daß große Massen von Arbeitern der gegenwärtigen Situation so verständnislos gegenüberstehen, daß sich eine so große Gefahr bemerkbar macht, daß hätte man doch nicht gedacht. Und das sind dieselben, die während des Krieges nicht genug Heberhunden schießen konnten. (Lebhafte Zustimmung.)

Man erwartet jetzt alles Heil von dem Nächstem. Man verweist auf Rußland, aber das dortige Beispiel ist nicht verlockend. Wir sind für das Nächste, aber auf demokratischer Grundlage. — Als Demokrat muß man politische Streiks verurteilen. Der Streik im Ruhrgebiet ist geradezu ein

Staatsverbrechen kann es keine Regierung geben, die sich nicht auf das Vertrauen des Volkes und seiner Vertreter stützt und keine Armee, die sich nicht widerspruchs- und bedingungslos der Regierung zur Verfügung stellt.

Aber in dieser Konstruktion besteht hierzulande ein Bruch, das muß offen ausgesprochen werden. Die Regierungstruppen, ein so unentbehrliches Werkzeug sie auch sind, sind — es ist ein Gemeinplatz, der damit ausgesprochen wird — kein vollkommenes. Die Regierungstruppen haben sich große Verdienste erworben, ohne sie wären wir längst auf der Sohle des Abgrundes angelangt, wäre das Chaos vollständig. Aber der Geist, in dem sie beeinflusst und geleitet werden, entspricht nicht der neuen Zeit, und dadurch ist beinahe ebenso viel Schaden angerichtet worden, wie durch sie Schaden verhütet worden ist.

Wenn von einer gewissen Seite gerufen wird: „Fort mit den Regierungstruppen“, so können wir darauf nur antworten: Das könnte Euch passen! Ihr wollt die Verteidiger der Demokratie wehrlos machen, damit Euch die Macht mühelos zufällt! Auch eine demokratische Regierung kann auf Nachmittel nicht verzichten, wenn ihr Recht nicht offenkundig freiwillig anerkannt wird, und wenn sie ihre eigene Stellung gegen Gewalttätigkeiten verteidigt, so verteidigt sie damit nichts anderes als das Recht des Volkes, sich die Vertreter zu wählen, die es will.

Unsere Forderung gegenüber den Regierungstruppen heißt nicht sabotieren, sondern reformieren. Die notwendige Reform kann aber desto sicherer durchgeführt werden, je ungestört sie sich vollzieht. Sorgt, und sei es auch nur für drei Monate, für Ruhe in Deutschland, dann wird es möglich sein, alle ungeeigneten Elemente aus den Freiwilligenkorps zu entfernen und eine Truppe zu schaffen, an der das ganze Volk seine Freude haben kann. Wenn man eine Maschine reparieren will, so muß man sie erst abstellen, befehlen oder die Notwendigkeit, sie fortgesetzt in Gang zu halten, so wird die Reparatur, wenn nicht unmöglich gemacht, so doch aufs äußerste erleichtert. Zusammengefaßt: die Freiwilligenkorps sind von Spartakus nebst unabhängiger Anhang zu einer Notwendigkeit gemacht worden, ihre Reform wird durch Spartakus nach Kräften vereitelt, trotzdem muß die Regierung alle Energie aufbringen müssen, um sie durchzuführen.

Aber man mag reformieren, soviel man will, eine kämpfende Truppe hat niemals eine Ähnlichkeit mit einer Gesellschaft von Menschenfreunden. Im Krieg wird geschossen. Auch dem, der den Krieg zwischen Deutschen und Deutschen will!

Umwandlung des Breslauer Volksrats.

Wahl von Arbeiterräten.

Breslau, 6. April. (Fig. Drahtbericht d. „Korin.“) Nachdem den Arbeiterräten in der Verfassung eine dauernde Stellung eingeräumt werden soll, hat der Vorstand des bisher mit den demokratischen Parteien gemeinsam bestehenden Volksrats Arbeiterräte wählen auf Grund der Berliner Richtlinien ausgeschrieben. Die Funktionäre der sozialdemokratischen Partei stimmten dem einstimmig zu. Heute vormittag veranstaltete ein bereits gebildeter provisorischer Arbeiterrat eine Versammlung auf dem Schloßplatz, die von Anhängern aller Parteien besucht war. Angriffen auf die Sozialdemokratie traten mehrere Genossen entgegen, die dabei von den Spartakisten mehrfach unterbrochen wurden. Ein von der Versammlung bestellter Zwanziger-Ausschuß verhandelte dann im Rathaus mit einigen dort anwesenden Vorstandsmitgliedern des Volksrats und einigte sich mit ihnen auf gemeinsame Ausschreibung der Arbeiterräte. Bis zum Zusammentritt der neuen Arbeiterräte wird der Vorstand des Zwanziger-Ausschusses gemeinsam mit dem Volksrat die Arbeiten fortführen.

Auf Einwirken des alten Volksrats wurden drei verhaftete Spartakisten in Freiheit gesetzt.

Rundgebung gegen den Kunstraub.

Eine eindrucksvolle Versammlung von Künstlern und Kunstfreunden, veranstaltet von allen führenden Künstlervereinigungen, fand gestern in der Akademie der Künste statt, um gegen den geplanten Kunstraub der Entente energischen Protest einzulegen.

Professor Mag Diekmann legte dar, daß uns ein ideeller Verlust schimmiger Art bedrohe. Wir müssen, sagte er, als diejenigen, die den Krieg verloren haben, uns damit abfinden, materielle Güter herzugeben, aber gegen den Verlust ideeller Werte wehren wir uns. Kunst ist kein Zahlungsmittel. Kunst ist die höchste Blüte von Bildung und Kultur; die Kunstwerke, die wir uns leisten würden, können nicht wie die anderen Werte im Laufe der Zeiten wieder ersetzt werden. Wir würden uns durch ihre Vergabe an unsere Feinde verflüchten.

In eindrucksvoller Weise schilderte Otto Grautoff, wie bedrohlich unsere Befürchtung vor einem Verlust der Entente, und ganz besonders Frankreichs, durch unsere Kunststahlungen sei, nachdem wir den italienischen Kunstraub durch die Sammlungen Österreichs erlebten. Die deutsche Kunstschafferschaft muß das Prinzip der Kriegsentfremdung durch Kunstwerke in jeder Form ablehnen. Wir können mit dem reinen Gewissen und um so entschiedener Protest erheben, als den Regierungen des deutschen Volkes von jeder das Prinzip der Kunstbeute fremd gewesen ist. Frankreich dagegen nimmt mit seinem gegenwärtigen Fortschreiten nur eine alte Politik wieder auf, die aus diesem Grunde ein hartes Echo in ganz Frankreich findet und gerade deshalb für uns so gefährlich werden kann.

Wenn wir, fuhr Grautoff fort, solche Dinge in die Erinnerung zurückrufen, so soll das nicht in pariserhaftem Geist geschehen, sondern in der Erwartung, daß Freund und Feind durch die Tatsache des Kunstraubes und des Kunsthandelsvertrages der Franzosen veranlaßt werde, Kunstgegenstände, die während des gegenwärtigen Krieges gezeichnet sind, mit größerer Geduld zu beurteilen. So liegt uns fern, unsere Kunstgegenstände zu leugnen oder zu beschönigen. Sie sind geschaffen unter der harten Notwendigkeit des Krieges, wie sie in allen Kriegen auch vor 1914 von allen Parteien gezeichnet sind. Diese Kunstgegenstände sind von unseren Soldaten begehrt worden, wie die Soldaten aller Länder sie begehren. Wir erheben aber Protest dagegen, daß das ganze deutsche Volk als ein Volk von unmündigen Personen hingestellt wird. Wenn von einzelnen Deutschen Dinge vorgekommen sind, die nicht hätte vorkommen sollen, so müssen diese einzelnen Vorgänge im Interesse unseres Landes und der gesamten Menschheit ihre Sühne finden. Aber ich stelle hier öffentlich fest, daß aus dem Museumsbesitz der von uns ehemals besetzten Gebiete nicht ein Stück fehlt. Die Kunstkommission in Spa hat alles abgeliefert, und die französische Kunstkommission hat über den vollständigen Empfang dieses französischen und belgischen Kunstbesitzes gutgehei.

Aber nicht nur bei französischen Gelehrten, Parlamentariern sowie in wissenschaftlichen und politischen Verbänden wird jetzt das Prinzip der Kriegsentfremdung durch Kunstwerke verfochten, auch in England herrscht in der Royal Society und in einem Teil der Presse eine gewisse Stimmung für den Kunstraub als Kriegziel, ebenso in Belgien.

Nachdem zeigte Prof. Adolf Goldschmidt einige der Bilder, die geraubt werden sollen. Ihre von Brodhufen sprach Ruhe und beruhigende Worte. Dr. Stöhringer wies nach, daß in den Tagen des Glücks auch bei uns leider vereinzelte Stimmen laut geworden seien, die dem Kunstraub das Wort geredet hätten, z. B. in der Zeitschrift „Kunst und Künstler“; die Versammlung müsse von diesen Anschauungen weit abrücken. Dies geschah in einer Zusatzresolution. Einstimmig wurde sodann folgende Resolution angenommen:

„Die am 6. April in der Akademie der Künste versammelten Vertreter Berliner Künstler und Kunstfreunde erheben Einspruch gegen alle Angriffe auf den deutschen Kunstbesitz, die von den Akademikern und anderen Verbänden in den Entente-Ländern seit Monaten betrieben werden. Sie protestieren gegen das Prinzip der Kriegsentfremdung durch Kunstwerke aus deutschen Museen. Der deutsche Kunstbesitz ist eng mit der Geschichte und dem Empfinden des deutschen Volkes verknüpft. Unsere Museen sind für uns Stätten der Andacht, wie sie es für Künstler und Kunstfreunde in jedem Land sind. Diese unerschöpflichen Schätze zu wahren rufen wir alle Künstler und Kunstfreunde auf einzutreten für die Unantastbarkeit dieser Güter. Wir fordern die Regierung auf, diesen Schatz unseres Volkes mit Würde und Festigkeit zu verteidigen, wenn er angegriffen wird.“

Hoffen wir, daß die feindlichen Regierungen im Gedanken an dauernde Völkerverfeindungen nicht vergehen, daß eine Veranbarung unserer Kunstschätze einen dauernden Stachel bei uns zurücklassen müßte.

Das Dorf ohne Glocke.

Bei diesem Titel läßt sich immerhin etwas Poetisches denken. Nach einer Legende aus dem Bonaal des Ungarn Arpad Pogor wurde das so benannte neue Singspiel des Friedrich-Wilhelm-Badischen Theaters gearbeitet. Die Wauern eines transilvanischen deutschen Alpendorfes beschließen, aus Anlaß des fünfzigjährigen Jubiläums ihres Geistes, dem Kirchen eine Glocke zu schenken, die feindliche Horden vor zwanzig Jahren geraubt haben. Der Pfarrer jedoch gibt das von ihnen zum Ankauf gesammelte Geld einem armen Schmiedgesellen und seiner Frau, um sie vor dem Auswandern zu bewahren. Die Pfarrer, als sie erfahren, daß Vater Benedikt gar nicht in der Stadt gewesen sei, also auch keine Glocke bestaunt habe, sind furchterlich aufgebracht und kündigen dem Seelsofger das Amt. Unterdessen hat aber der junge barocke Patronatsherr die Glocke gestiftet, und während sich gerade der Pfarrer zum Wegzug rüstet, wird die Glocke geläutet. Natürlich ist jetzt wieder Friede und Freude im Dorfe.

Die Handlung wäre schon dankbar, aber sie wurde mit übermäßig viel wienerischer Sentimentalität durchtränkt, die oben drein freilich im gutgemeintesten Sinne, von Josef J. o. p. h. i. noch unterfesselt worden ist. Zu allem Überflusse an zerstückelten Kabildäten kommt, gleichsam als Krone börsenrischer Seelenentfaltung, noch die geromantische Niederpiegelung eines Traumes, der des Pfarres Glauben an ein himmlisches Wunder rechtfertigen soll. Und der Kampanist, Eduard Kunnale, ging nicht ungefährdet an solchen Klippen vorüber, obwohl seine Vertonung das Bedauern zeigt, von aller Nützlichkeit frei zu bleiben. Das musikalische Beste gibt er in den landschaftlichen Szenen; da lebt künstlerische Gebelante und überder Humor. Zumal in einer wunderschönen Auserlei, in der erkreulische kompositorische Eigenheit waltet. Aber auch in den ernst gefassten Gesangsbelegungen äußert sich ein feiner Melodiker.

Das in Einzelheiten durchaus kompatible, obwohl wenig dramatische Werk erhält, dank sorgfältiger Einstudierung, eine vorzügliche Wiedergabe. Glorreiche Gesangsleistungen boten Curt Schoenert (Pfarr), Katharina Garben (Eva) und Alice v. d. Linden (Kunnele). Die Pfarreskandin Solte war bei Ottilie Diehle, der Christliche, der Schmied, der Krämer, der Müller bei Strohoha, Silberg, Fleckung und Berendsen gut aufgehoben. Das Singspiel wurde sehr beifallsfreudig aufgenommen. —

Notizen.

— Gegen den Plan einer Reichsvergütungssteuer, die sich gleichmäßig auf Theater, Amos, Konzerte, Feste und Jahrmärktebelustigungen erstrecken soll, wandten sich in einer an die Presse gerichteten ausführlichen Begründung die Verbände der Bühnen- und Orchestermitglieder sowie der Verband der Bühnenleiter. Sie fordern, daß Veranstaltungen, die künstlerischen und kulturellen Zwecken dienen, steuerfrei bleiben, und wiederholen die seit Jahren erhobene Forderung, daß alle einzelmäßigen Lustbarkeitsheuten aufgehoben werden. Wir teilen ihnen Standpunkt kundens.

— Vorträge. In der Bischoflichen Gesellschaft (Samstags-Bräu, Lauenburgerstraße 7) sprach am 10. April, 8 Uhr, A. W. Marxens über „Die russische Volksfeste bei Dostojewski“. — In der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten sprach heute im Kaiserin-Friedrich-Saal, Luisenplatz 2/4, abends 8 1/2 Uhr, Frau Dr. Herold über: „Die jugendliche Prostitution, ein soziales Problem“.

— Beer Ghni auf der Leinwand. Die Theater sind teuer und großen Volksmassen immer noch unzugänglich. Wenn schon Lebens Weisheit und Selbstbeziehung nicht von der Bühne herab aus sie wirken kann — warum sollen sie sich nicht von feiner Phantasie erfreuen und erheitern lassen; von Beer Ghni's Bildheit, Kraftmeierlam, Leidenhaft, Selbstwut, Abenteuer, Sturz in Gemeinheit und Erlösung in Solobus wälder Gäre! Von all dem bunten Leiwert und den herrlichen Landschaftsbildern, von der Darstellerei der Gräning, Salfner, Cosen, v. Hansen, Heroda, Deber! Darum ist auch der von Bornowitsch inszenierte Beer-Ghni-Film eine Lat.

Verbrechen, denn die, die ihn angezettelt und gefördert haben, wollen durch das Stilllegen der Kohlenproduktion das ganze Wirtschaftsleben vernichten. Das ist spartanische Taktik. Sie wird von den Unabhängigen nicht beurteilt. Aber von uns soll man nicht verlangen, daß wir diese Taktik der Unabhängigen mitmachen.

Freiwilligenkorps

Gewiß, diese sind eine sehr unangenehme Erscheinung, aber die Regierung war in die bittere Notwendigkeit verfaßt, sich zur Aufrechterhaltung geordneter Zustände auf diese Verbände zu stützen, weil ihre andere Truppen leider nicht zur Verfügung standen. Ausschreitungen der Regierungstruppen müssen auf das schärfste geahndet werden, aber man soll auch nicht vergessen, was auf der anderen Seite an Ausschreitungen geschehen ist. — Die Regierungstruppen sind bis jetzt eine Stütze der Demokratie gegen die Diktatur. (Sehr richtig!)

Unsere Kritik an der Partei soll immer getragen sein von der Erkenntnis dessen, was möglich ist. Für uns, die wir die Verantwortung tragen, handelt es sich nicht um die Partei, sondern um das Wohl des ganzen deutschen Volkes. Stimmungen sind ja zu berücksichtigen, aber wir dürfen uns nicht von ihnen leiten lassen, sondern wir müssen tun, was wir für recht halten. (Lebhafte Beifall.)

Von den vielen vorliegenden Anträgen wird auf Vorschlag des Vorsitzenden Krüger zunächst ein Antrag besprochen, der der Redaktion des „Vorwärts“ ein Nichttrauenwort wegen ihrer politischen Haltung ausspricht.

Berger

erhielt das Wort zur Begründung des Antrages. Das Vertrauen der Massen sei uns verloren gegangen, weil der „Vorwärts“ zu verschiedenen Fragen nicht die Haltung einnehme, die dem Empfinden der Massen entspreche. Das beziehe sich auf die Freiwilligenwerbung, auf die Haltung gegenüber den Verhaftungen von Spartakisten. Der „Vorwärts“ dürfe nichts anderes sein als unser Parteiorgan. Er müsse, wenn es notwendig sei, auch gegen die Regierung Stellung nehmen. Regierungs- und Parteipolitik müßten scharf getrennt werden. Dem Empfinden der Massen müsse die Redaktion Rechnung tragen.

Stampfer

erhielt das Wort, um als Vertreter des „Vorwärts“ dem Redner zu antworten. Er verteidigte sich gegen persönliche aufzufassende Angriffe, die der Antrag gegen die Redaktion richtete, und sagte, wenn der „Vorwärts“ in Parallelen mit der verlogenen bürgerlichen Presse gestellt werde, so solle man bedenken, daß es in Berlin kein verlogeneres Blatt gebe als die „Freiheit“. (Lebhafte Beifall.) Mit den Nachrichten aus Lützenberg sei der „Vorwärts“ gleich anderen Blättern heringefallen. Das sei ein Malheur, weil es den Unabhängigen und Spartakisten Anlaß gab, es zu bezweifeln, als ob auf der Seite der spartakistischen Kämpfer alles gut und edel gewesen sei. Dem Genossen Berger, der verlangt, daß der „Vorwärts“ den Stimmungen der Massen Rechnung tragen soll, ist das Wort Wobels entgegengehalten: Das wäre ein schlechter Führer, der nicht den Mut hätte, auch einmal der Stimmung der Massen entgegenzutreten. — Heute sei es mehr wie je Wobels, gewissen Stimmungen entgegenzutreten. Nur durch Demokratie sei der Sozialismus möglich.

An Verurteilung von Ausschreitungen der Regierungstruppen habe es der „Vorwärts“ nicht fehlen lassen. Auf den Ansetzungen habe die Redaktion keinen Einfluß, aber das Erscheinen der Vermerksrate für Freiwilligenkorps sei deshalb zu begrüßen, weil wir wollen, daß sich möglichst viele Parteigenossen amwerben lassen und nicht nur bürgerliche Elemente in die Freiwilligenkorps kommen.

Das Empfinden der Masse müsse selbstverständlich berücksichtigt werden, aber wenn wir Sozialdemokraten sein wollen, dürfen wir nicht immer dem nachlaufen, was im Augenblick die Stimmung des lautensten Teils der Massen ist. Wir müssen festhalten gegen rechts und links. (Beifall.)

Darauf begann die allgemeine Diskussion.

Sieder

erhielt die Haltung der Regierung in den Fragen des Waffenstillstandes und der Zusammenziehung der Friedensdelegation. Dr. David sei der ungeeignete Mann für Friedensverhandlungen mit der Entente, bei der er in unangenehmer Lage sei. In der inneren Politik müsse die Durchführung der Einheit Deutschlands der leitende Gedanke sein. In der Sozialisierung werde gar zu vorwiegend vorgegangen. Manche unserer Genossen in der Regierung betrieben eine Hilfslosenspolitik, die unter keinen Umständen gebilligt werden könne. Mit den Männern des alten Systems, die sich noch an den meisten wichtigen Stellen befinden, müsse aufgeräumt werden. — Für die Arbeiterräte forderte der Redner weitgehende Rechte, als ihnen die kürzlich veröffentlichte Entschließung der Bezirkskonferenz sublimit.

Meier-Torpenid

sagte, die Genossen, welche die Partei zu führen bezwecken sind, stehen nicht mehr im Kontakt mit dem Empfinden der Massen. Die Regierung vertritt nicht, aus den durch die Revolution geschaffenen Verhältnissen den praktischen Nutzen für die Arbeiterklasse zu ziehen. Nicht ist geschehen, um die Landwirtschaft zu heben und Arbeit für die Arbeitslosen zu schaffen. In der Frage des Räte systems hätte die Regierung den Standpunkt der Berliner Genossen einnehmen sollen. Unsere Genossen in der Regierung verstehen nicht, den Weg zum Herzen ihrer Wähler zu finden. Das ist eine große Gefahr. (Beifall.)

Erwin Barth

Die demokratische Tugend des Nichttrauens wird in unseren Reihen häufig bis zur Selbstverleugung und zur Parteigegefährdung geübt. Man ist nur zu oft geneigt, am leichtesten das zu glauben, was gegen die eigenen Parteigenossen gesagt wird. — Wenn wir die Freiwilligenkorps aufgeben sollen, dann ist es das Beste, sofort mit fliegenden Fahnen zum Bolschewismus abzuschwenken. Sie sind der Schutz gegen die Gewalt von links. Der Redner wandte sich gegen die Bestrebung der radikalen Kreise, die Angehörigen der Freiwilligenkorps im bürgerlichen Leben zu isolieren. Der Regierung sei der Vorwurf gemacht worden, sie habe keine positive Arbeit geleistet. Ja, die Gesetze, die hier angeführt wurden, das sei doch positive Arbeit. Man müsse sich von der Herrschaft des Schlagwortes freimachen und praktische Agitationen und Ausführlingsarbeiten treiben. Zum Aufbau gehört nicht ein großes Maul, sondern ein offener Kopf. (Beifall.)

Zent

forderte schnellere Sozialisierung und betonte, die Regierung habe sich zu sozialen Maßnahmen und zur Anerkennung des Räte systems erst von unten drängen lassen, anstatt selber die Initiative zu ergreifen. Ferner kritisierte der Redner die Haltung des „Vorwärts“.

Ein Schlußantrag wurde angenommen und nach dem Schlußwort des Referenten über die vorliegenden Anträge abgestimmt.

Der Antrag Berger und Genossen, durch den erklärt wird, daß die Parteigenossen die Haltung des „Vorwärts“ nicht billigen, wurde — wie der Vorsitzende Krüger konstatierte — mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ein Antrag, Inzerate für Freiwilligenwerbung nicht mehr im „Vorwärts“ aufzunehmen, wurde mit 140 gegen 118 Stimmen angenommen.

Ferner wurden folgende Beschlüsse gefaßt: Die Regierung wird aufgefordert, die Verwaltungsbeamten des alten Systems zu entlassen und durch Männer mit sozialistischem Geist zu ersetzen.

Die Regierung soll Maßnahmen ergreifen zur energischen Bekämpfung des Schleichhandels und Lebensmittelmisbruchs. Die vom Auslande zu erwartenden Lebensmittel sollen

durch die Gemeinden unter Aufsicht der Zwischenhandelsstellen verteilt werden.

Die Regierung soll untersuchen, ob Angaben, welche die „Freiheit“ über eine gegenrevolutionäre Tendenz bekundende Rede eines Majors v. Stockhausen auf Wahrheit beruhen und wenn das der Fall, den Major sofort verhaften.

Die Regierung soll sich gegen einen Gewaltfrieden erklären, die Genossen sollen sie dabei unterstützen.

Die in Groß-Berlin gewählten Abgeordneten der Nationalversammlung und der preussischen Landesversammlung sollen in den Osterferien den Wählern Bericht über ihre Tätigkeit erstatten.

Zur Frage des Räte systems wurde die kürzlich im „Vorwärts“ veröffentlichte Resolution der Bezirkskonferenz mit 229 gegen 51 Stimmen angenommen. Sie fordert Arbeiter- und Angestelltenräte als wirtschaftliche Interessensvertretung der Arbeitnehmer, deren Zusammenfassung in Bezirksarbeiterräte und als Spitze einen Reichsarbeiterrat. Zur Regelung der Produktion und Warenverteilung sollen Arbeitsgemeinschaften gebildet werden.

Bei der Nationalversammlung und der preussischen Landesversammlung soll beantragt werden, daß der 1. Mai und der 9. November zu nationalen Feiertagen erklärt werden.

Um 6 1/2 Uhr schloß der Vorsitzende Krüger den Bezirkskongress, indem er der Erntedankfestrede gab, daß die Beschlüsse zur Förderung der Partei beitragen werden.

Gewerkschaftsbewegung

Streik bei Firma Aschinger.

Bei der Firma Aschinger werden zurzeit noch Hungerlöhne gezahlt. So erhalten z. B. die Handwerker Wochenlöhne von 50—80 M. inkl. einer sogenannten Demobilisationszulage von 10—25 M., welche indes auch erst seit Mitte Februar d. J. gezahlt wird. Seit circa 4 Monaten stehen daher die Handwerker, Tischler, Schlosser, Klempner, Maler, Maurer, Kohlleger usw. in Verhandlungen mit der Direktion, um eine zeitgemäße Regelung der Löhne herbeizuführen. Bei der Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß erklärte der Vorsitzende, daß die von der Gesellschaft gezahlten Löhne durchaus nicht als angemessen bezeichnet werden können und legte dem Vertreter der Firma nahe, sich den im Kollektivabkommen der Metallindustrie vereinbarten Löhnen anzupassen. Trotzdem erklärte bei den letzten Verhandlungen Kommerzienrat Bohmert, keine weiteren Zugeständnisse machen zu können. Den Arbeitern und den Vertretern der Organisationen wurde bedeutet, daß auf der Grundlage eines Stundenlohnes von 2,00 M. Verhandlungen vollständig ausgeschlossen wären. Daraufhin traten am 8. April die gesamten Handwerker mit Ausnahme der Maschinisten und Geiger geschlossen in den Ausstand. Die Arbeiterkassette der Firma Aschinger ist entschlossen, die Arbeit nicht früher wieder aufzunehmen, als bis die Direktion ein Besseres Entgegenkommen zeigt und Mittel um vollste Solidarität.

Die Berliner Schilderannmacher, Helfer und Ruischer

stehen in einer Lohnbewegung, die den Abschluß eines Tarifvertrages zum Ziele hat. Gefordert wird die Festlegung des achtstündigen Arbeitstages und Neuregelung der Löhne für Annmacher 2,50 M. und für Helfer und Ruischer 2,00 M. pro Stunde, außerdem eine Erhöhung der Speien für auswärtige Arbeiten und ein Erhaltungsurlaub im Sommer. Die Forderungen sind den Unternehmern am 1. April durch den Deutschen Transportarbeiterverband gestellt worden, und die Anerkennung des neuen Tarifs hat bis heute, Montag, zu erfolgen. Ab morgen, Dienstag früh, darf in den Betrieben nur zu den neuen Bedingungen gearbeitet werden. In Frage kommen 78 Betriebe, von denen bereits Sonnabendabend 49 Betriebe den Vertrag unterschrieben anerkannt haben. Die zu den neuen Bedingungen arbeitenden Annmacher, Helfer und Ruischer sind mit einem Arbeitsberechtigungsschein versehen, und nur jene, die einen solchen Schein aufweisen können, dürfen Schilderannmacherarbeiten in den Straßen ausführen. Schilderannmacher, die solchen Ausweis nicht führen, gelten als bei nicht beteiligten Firmen beschäftigt. Arbeitsberechtigungsscheinigungen sind zu haben im Verbandsbüro oben genannten Verbandes. Die Redaktion des „Vorwärts“ wird gebeten, die Bewegung der Schilderannmacher aufs Lebhafteste zu unterstützen.

Deutscher Transportarbeiterverband.

Der Angestelltenstreik.

Der freie Angestelltenverband schließt sich den Forderungen der Angestellten in der Metallindustrie in allen ihren Teilen an, wie er überhaupt den Standpunkt der Streikleitung voll und ganz vertritt. Der Verband hat seine Mitglieder in der Metallindustrie angewiesen, sich respektlos an die Maßnahmen der Streikleitung zu halten.

Die Angestelltenstreiks auf den Hoffmannschen Werken in Mühlheim-Stube und „Deutscher Kaiser“ in Hamborn sind beilege. Wir berichten noch über die geschlossenen Vereinbarungen.

Obleute und Vertrauensleute der im Streik befindlichen Angestellten-Organisationen, welche bei Firmen beschäftigt sind, die nicht den Forderungen Berliner Metallindustrieller angehören, wollen sich heute, Montag, bei der Streikleitung, Kasernenstraße 35, einfinden.

Gruppe 13. Die auf 1 Uhr angelegte Versammlung findet nicht statt, dafür finden sich Dienstag, 10 Uhr vormittags, familiäre Obere der Unter-Streikleitungen und Hochgruppen vom Gewerkschaftsband kaufmännischer Angestelltenverbände und K. f. A. zwecks Entgegennahme des Berichtes über die Verhandlung vor der Schlichtungskommission und Beratung über weitere Schritte ein.

Versammlungen heute Montag:

Dehmann-Elektrizitäts-Werke, früh 10 Uhr, in den „Hornschellen“, Müllerstr. 142.

Genossenschaft A. G. Betriebe, nachmittags 3 Uhr, in dem Lokal von Prose.

C. P. Overz A. G. Alle Vertrauensmänner haben vormittags 9 Uhr im Streiklokal, Restaurant „Öhrlich“, Friedenau, Rheinstraße 31, zu sein. Nachmittags 3 Uhr im Bürgercafé des Friedener Rathauses Betriebsversammlung.

Versicherungsbekanntes für Organisation und Akquisition: nachmittags 6 Uhr, im Wilhelmshof, Anhalterstr. 12. Tagesordnung: Unsere Forderungen.

Sanbeamte, nachmittags 4 Uhr, Betriebsversammlung der Bank für Handel und Industrie im Lehrereisenhaus. Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsamt.

Deutscher Metallarbeiterverband.

Genossenschaft, Montag, nachmittags 6 Uhr, Branchen-Versammlung aller in Signalkauf beschäftigten Monteur und Helfer bei Krüger, Scheringstr. 11, Ecke Cassiniestr. Bericht über die mit den Arbeitgebern gepflogenen Verhandlungen. — Unsere weitere Zielsetzung.

Morgen, Dienstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, Branchen-Versammlung aller in den Eisenkonstruktionsbetrieben beschäftigten Kolonnenführer und Vorgehmer bei Volkssänger Hof, Waldenstr. 31. — Branchenangelegenheiten. — Verschiedenes.

Morgen, Dienstag, abends 7 Uhr, Versammlung aller in den Badapparaten-Betrieben beschäftigten Klempner im Verbandslokal, Diniestr. 33/35. Bericht der Kommission über die Verhandlungen mit den Unternehmern. Diskussion.

Groß-Berlin

Gegen die Schließung der Luxuslokale

wenden sich begreiflicherweise die Artisten, Musiker und Gastwirte-gehilfen. Ihre Organisationen haben gemeinsam eine wohlüberlegte Eingabe an den Vorsitzenden der staatlichen Verteilungskommission Groß-Berlin gerichtet. Uns will scheinen, daß die Summe der Eingaben durch die Schließung weit weniger getroffen würden. Die präsen dann einfach in Hotelzimmern und Privatwohnungen. Ob ein solcher Erfolg die Brotlosmachung dieser Tausende rechtfertigt, wird selbst angesichts des Kargemisses, das diese Lokale geben mögen, zweifelhaft sein können.

Die sozialdemokratische Fraktion des Räte kongresses versammelt sich heute, Montag, 10 Uhr vormittags, im Festsaal des Herrenhauses, Leipziger Straße.

Der neue Berliner Stadthaushalt geht in Einnahme und Ausgabe mit rund 713 Millionen auf gegen 437 Millionen im Vorjahre. Als Zuschläge sollen erhoben werden 200 Proz. Staatseinkommensteuer (175 Proz. im Vorjahre), 200 Proz. Gewerbesteuer (165 Proz.), 208 Proz. (173 Proz.) der staatlichen Grund- und Gebäudesteuer, die als 8,7 M. vom Laufen (gegen 3,1 M.) des gesamten Wertes der steuerpflichtigen Grundstücke erhoben wird.

Soldatenräte der S. P. D. 1. Morgen, Dienstag, den 8. April, nachmittags 2 Uhr, Versammlung aller Delegierten der Soldatenräte der S. P. D. In den Zeiten 23, Saal 3, wichtige Tagesordnung. Alle Delegierten müssen pünktlich erscheinen. Noch nicht abgeholte Delegiertenkarten sind dort abzugeben. Ernst.

Vollversammlung der Arbeiterräte. In unserem Bericht von der letzten Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte ist ein Fehler enthalten. In der Erklärung der S. P. D. muß es heißen, daß wir „den Grundrissen unserer Partei folgend, das System der politischen Arbeiterräte ablehnen“.

Ueber die Augustaner wird uns geschrieben: Fast alle Leute des Ersten Bataillons sind mit Ausnahme des Jahrgangs 90 im Felde gewesen und jedem, der die Kaserne betrat, werden auf jeden Schritt Kriegsinvaliden begegnet sein. Bis zum Augenblick der Bewegung standen sie zur Regierung. Beweise: Bei den Januarunruhen wurden einige Soldatenräte, die anscheinend spartakistisch oder unabhängig gestimmt waren, entlassen. Bei den letzten Unruhen legen die Toien und Barmundener der Augustaner vom Polizeipräsidium Zeugnis ab. Maschinengewehre usw. waren nur zum Dienst zu erlangen und wurden sonst sicher und fest aufbewahrt. Die Waffen sind auch dem Freikorps vollständig ausgeliefert worden. Von Angehörigen des Freikorps wurden aber 180 Decker, eine Anzahl Weibsbüden, Brot usw. entnommen. Die einzige Wunde der Augustaner war, daß sie nur einen Major und einen Leutnant in der Kaserne hatten und vielleicht Aeußerungen von Personen, die nicht mit der großen Mehrzahl der Augustaner gemein hatten.

Die Lazarettbesuche werden erhöht. Die bei Gelegenheit der Abschaffung der Arbeitszulage auch für Mannschaften durchgeführte Bewilligung einer festen täglichen Feuerungszulage (von 3 M.) kommt auch den Lazarettkranken zugute und mildert dadurch die Härte, die in dem Unterschied zwischen Lazarettkranken, nichtfreiwilligen und freiwilligen Heeresangehörigen bisher besteht. Damit wird einer Reihe von Beschwerden Rechnung getragen, die an uns gelangt sind.

Doch noch Frage Strinborn? Die „Wilm. Jg.“ behauptet, daß das Kammergericht das Hauptverfahren gegen das Sandkassensortium v. Best-Pinnow, Stadtrat Strinborn usw. eröffnen habe.

General v. Rettow erucht die Presse, all den Forderungen, die ihn anlässlich seiner Rückkehr aus Ostafrika beglückwünschten, seinen Dank zu übermitteln. Wir sehen keinen Grund, diese Bitte des Verteidigers von Deutsch-Ostafrika nicht zu erfüllen.

Der Kommande, der gestiefene Stadtkommandant, läßt durch seinen Rechtsanwält die Richtigkeit der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen bestreiten. Die Gerichtsverhandlung wird ja Klarheit bringen.

Ein „Kommunistenrat Trenzler“ erschwindelte für eine halbe Million Anneneinrichtungen in riesigen Großgeschäften. In einem Halle trat er als Kasse von Leitow-Vorbeds auf, zu dessen Empfang er eine der Stellung des Generals entsprechende Wohnung aufstellen mußte. Es gelang den Schwindler zu ertischen, es ist der 41 Jahre alte schon oft bestrafte Kaufmann Siegemund von Jaxontowski, der früher als Hotelbesitzer und Hotelschwindler viel von sich reden machte.

Güterwagenbesitzer erbrachten auf dem Güterbahnhof Moabit einen verschlossenen Wagon und stahlen 284 000 Zigaretten, Koramillo, zusammen über 60 000 M. wert. Obwohl die Diebe die großen Kisten mit einem Fuhrwerk weggeschafft haben, sind sie nicht gefahren worden.

Gründerrennen in Treptow. Dauerrennen mit Motorführung, 25 Kilometer (600, 500, 400, 300 M.): 1. Thomas 23 Min. 24 Sek., 2. Appelhaus 710, 3. Pragerndel 2340 Meier jurid.; Aufschluß gefährt und aufgegeben. — Gründungspreis, 1500 Meier (150, 75, 50, 25 M.): 1. Sennede 3 Min. 17 Sek., 2. Kops, 3. Amori. 4. Schül. — Prämienfahren, 4000 Meier (120, 60, 40, 20 M.): 1. Kops 7 Min. 53 Sek., 2. Sennede, 3. Dehnke, 4. Zinsener. — Dauerrennen mit Motorführung, 30 Kilometer (700, 600, 500, 400 Meier): 1. Aufschluß 28 Min. 11 Sek., 2. Thomas 60, 3. Pragerndel 740 Meier jurid.; Appelhaus weit jurid. — Ernunterungsfahren, 1800 Meier (30, 20, 15 M.): 1. Wiegand 2 Min. 51 Sek., 2. Brodmüller, 3. Radomski.

Spanan. Abbau der Postkassen. Der Magistrat hat dem Beschluß der Stadtkommission wegen Abbau der Postkassen vom Oftertermin 1919 ab zugestimmt.

Friedrichsruhe. Dem Antrage auf Erhöhung der Monatsrate von Krankenmehl kann nicht entsprochen werden. Demgemäß sind die Verbandsorgane angehalten, nur solchen Personen Krankenmehl oder Mehl zu betordnen, deren Gesundheitszustand dies unbedingt erforderlich macht. Die Gemeinden sind gehalten, die Bitte von dem zuständigen Kreisrat nachprüfen zu lassen. — Neuanmeldung zum Speisefestbezug; hierbei ist der „Kamdebabschnitt“ vom Händler abzutrennen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Charlottenburg. Für sämtliche Parteifunktionäre, Betriebs- und Kommunalarbeiterräte der S. P. D. wichtige Besprechung morgen, Dienstag, abends 7 Uhr, im Rathaus, Festsaal. Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Wahlvereinsvorstand der S. P. D.

Tempelhof. Heute, Montag, abends 7 Uhr, Aula Werberstraße, Frauenabend. Referentin Genossin Rynca, Mitglied der Nationalversammlung.

Marienthal. Mittwoch, 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Mann. Vortrag: Einheitschule und Bericht über den Bezirkskongress. Referent: Lehrer Zimmer.

Spandau. Vertrauensleute und Arbeiterräte der S. P. D. der Staatsbetriebe. Heute, Montag, nachmittags 3 1/2 Uhr: Sitzung im Vagenerhof, Bräudenstr. 5.

Verantwortlich für Politik: Fritz Hilfer, Charlottenburg. Für den übrigen Teil des Blattes: Fritz Hilfer, Charlottenburg; für Anzeigen: Herbert Gade, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Nord-Ostbahn-Stationen 128. Verlagsanstalt Carl Singer & Co. in Berlin, Lindenstraße 3.

